

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Wahle, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1587, Amt I.

Volksstimme

Prämumerando gabbarer Abonnementspreis:
Bierteljährlich inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Beitungsliste Nr. 7095.
Inspektionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 294

Magdeburg, Dienstag, den 17. Dezember 1895.

6. Jahrgang.

Gleiches Recht für alle.

Die bekannte Strandschloß-Angelegenheit zu Kolberg beschäftigte am Freitag das Ober-Verwaltungsgericht. Der Bürgermeister Kummer in Kolberg hatte, wie noch lebhaft erinnerlich sein wird, dem Maurer Bierlich daselbst erlaubt, zum 12. Juni d. J. eine sozialdemokratische Volksversammlung nach dem Saale des städtischen Strandschloßes einzuberufen. Hieraus hat der Regierungspräsident v. d. Necke Veranlassung genommen, den Bürgermeister, der den Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ vertreten hatte, disziplinarisch zu bestrafen. In der Antwort, die der Bürgermeister von Kolberg auf die Aufforderung des Regierungspräsidenten, sich zu rechtfertigen, gab, heißt es u. a.:

Am Nachmittage des Tages etwa um 4 Uhr kam der Herr Landrat von Püttlanger zu mir. Er teilte mir mit, daß er vom Herrn Oberst Püttlanger komme. Seine Bemerkungen waren, soweit sie mir noch erinnerlich, etwa folgende: Wenn die sozialdemokratische Versammlung im Strandschloß stattfinden könnte, könnte die Stadt davon Schaden haben. Die Regimentsmusik werde dann vor dem Strandschloß nicht mehr spielen können, und anständige Herren könnten nicht mehr dahingehen. Der Herr Oberst habe ihm, als er zu demselben die letzte Meinung geäußert, erwidert: Für dies Jahr habe er, der Oberst, den Vertrag zwischen dem Kapellmeister des Regiments und der Badeverwaltung genehmigt und mit vollzogen. Dabei werde es bleiben müssen. Im übrigen wolle er, der Oberst, sich die Sache überlegen. Der Herr Landrat versuchte mich zu veranlassen, die erteilte Erlaubnis zur Benutzung des Saales noch zu widerrufen. Ich habe ihm mitgeteilt, was oben deswegen vorgetragen ist und erklärt: Es bleibe bei der erteilten Erlaubnis zur Benutzung des Saales. Die Folgen müßten wir abwarten.

Die Versammlung verlief in bester Ordnung. Es war mir bekannt, daß die Sozialdemokraten hier in ihren Versammlungen allgemein eine musterhafte Zucht und Ordnung beobachteten. Ich selbst bin in der fraglichen Versammlung gegenwärtig gewesen und nahm mit in dieselbe den Herrn Geh. Raurat a. D. Benoit.

Das Wort wurde auch Herrn Geh. Raurat Benoit gestattet. Jeder der drei Redner sprach sehr ruhig. Einen unangemessenen, schimpfenden Ausbruch erlaube ich in der Versammlung nur ein als Konzeptionsredner aufzutreten der Schulinspektor. Zwei Reisende suchten durch laute Zwischenbemerkungen zu stören. Ein in der Nähe stehender, mir als ordentlicher Mann bekannter Maurer und Hausbesitzer verwies ihnen solches und beehrte sie mit Entwarnung, worauf sie sich ferner ruhig verhielten. Es ist in keiner anderen politischen Versammlung hier so ordentlich und ruhig zugegangen, wie in der von Sozialdemokraten benutzten.

Was nun die hiesigen Sozialdemokraten anlangt, so sind es meist ordentliche, fleißige, sparsame Arbeiter und Handwerker, besonders Handwerker, die, soweit sie Kinder haben, bemüht sind, solche ordentlich zu erziehen.

Unordentliche faule Arbeiter, Trinker, Männer, die Achtung nicht verdienen, hält sich der sozialdemokratische Verein hier am liebsten fern.

Gerade weil die Sozialdemokratie hier in großer Anzahl ordentliche tüchtige Männer und Bürger sind, wäre es unrecht und unangehörig gewesen, ihnen die Benutzung des städtischen Saales zu verweigern, dessen Benutzung anderen ohne weiteres gestattet worden ist. Dies ist auch die Meinung des Magistrats und der Badeverwaltung.

Leider ist schon versucht, das Bad in Folge des fraglichen Ereignisses zu schließen. Im Magistrate herrscht die Meinung, daß dies geschieht, um eben, sagen zu können: Seht wie schlecht der Bürgerweiser das Interesse der Stadt gewahrt hat. Offenlich erfahren die gedachten unvorsichtigen Bemühungen einen Mißerfolg. Insofern ist freilich schon ein Erfolg erzielt, als Herr Hochwohlgeboren selbst sich veranlaßt gefühlt haben, die Versammlung und das Mitgehen des pommerischen Filialvereins, welche im Strandschloß stattfinden sollten, dort abzubrechen und in das Neue Gesellschaftshaus zu verlegen. Der Magistrat hier bedauert das sehr; es scheint ihm das nicht gerechtfertigt. Wer nicht sitzen will, wo Sozialdemokraten gesessen haben, der gerät in Deutschland in Verlegenheit, noch irgend wo Platz zu finden. Jedenfalls darf er auf keiner Eisenbahn mehr fahren. Das hiesige Strandschloß ist erheblich ausgebaut und das Neue Gesellschaftshaus ist vor ein paar Jahren beträchtlich erweitert. Da die Bauhandwerker und sonstigen Handwerker hier zahlreich Sozialdemokraten sind, so ist selbstverständlich, daß die Bauten und Verbesserungen sowohl an der einen wie an der anderen Stelle mindestens teilweise von Sozialdemokraten ausgeführt sind. Was wir essen und trinken, ist, wenn die Sachen in Fabriken, Brauereien usw. arbeiten erfordert haben, der Regel nach von Sozialdemokraten hergestellt. Unsere Kleidung und deren Stoffe sind jedenfalls teilweise Erzeugnisse der Tätigkeit sozialdemokratischer Arbeiter. Man kann in keinem neuen Hause mehr wohnen, an welchem nicht Sozialdemokraten mitgebaut hätten. Kurz, Sozialdemokraten kann niemand in Deutschland mehr ganz vermeiden.

Der Regierungspräsident antwortete auf diesen Bericht u. a.:

„Ein Beamter, welcher die Zwecke der sozialdemokratischen Partei, sei es direkt oder indirekt, bewußt unterstützt und zu ihrer Weiterverbreitung beizuträgt, handelt pflichtwidrig. Wenn Sie zu Ihrer Rechtfertigung anführen, daß einzelne Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ein einwandfreies christliches Leben führen, und daß diesen braven Leuten gegenüber die Verweigerung des städtischen Saales ein unangehöriges Unrecht und ein ungerechtes und unchristliches Werk gewesen wäre, so haben mich diese Einwände aufs höchste befreudet.“

Der Regierungspräsident setzte dann gegen den Bürgermeister, der in dieser Sache das unverzeihliche Verbrechen beging, die Sozialdemokraten wie andere Menschen zu behandeln, als Disziplinarstrafe eine Geldbuße von 90 Mark fest, wegen größlicher Pflichtverletzung! Die Beschwerde des Kolberger Bürgermeisters gegen diese Verfügung wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Pommern zurückgewiesen; die Klage gegen den abweisenden Bescheid hatte am Freitag das Ober-Verwaltungsgericht zu erledigen.

In der Verhandlung wurde der Kläger durch den Stadtrat Proschwitz aus Kolberg, die Regierung durch den Regierungsrat Dieterici vertreten. Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende, Oberverwaltungsgerichts-Präsident Perrius, den Gerichtsbeschluss, welcher dahin lautete, daß die Klage auf Aufhebung der Verfügungen des Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten zurückzuweisen, die Ordnungsstrafe in der Höhe von 90 Mark aufrecht zu erhalten und die Kosten des Verfahrens dem Kläger aufzulegen seien. Aus der Begründung des Urteils ist hervorzuheben, daß eine Partei, deren Zwecke und Bestrebungen gegen die Grundlagen des Staates gerichtet seien, unter keinen Umständen eine Begünstigung durch irgend einen Beamten erfahren dürfe. Dies sei aber durch den Kläger geschehen, denn die Ueberlassung des Saales sei geeignet gewesen, eine zahlreiche Versammlung gelegentlich der Anwesenheit des Abgeordneten Hebel zu ermöglichen. Mit dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ habe das Verhalten des Klägers nichts zu thun!

Nach dieser Motivierung wäre tatsächlich der **Ausnahmestand gegen die Sozialdemokratie** proklamiert, von dem man glaubte, daß er durch das Falllassen des Sozialistengesetzes beseitigt worden sei.

Politische und sozialwirtschaftl. Uebersicht.

In Essen wurde vor der Strafkammer des Landgerichts gegen den Schreiner Wilhelm Bier aus Gelsenkirchen, welcher sich der **Majestätsbeleidigung** schuldig gemacht haben soll, verhandelt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der eigene Sohn hat den Angeklagten zur Anzeige gebracht aus Rache darüber, weil dieser ihm die Einwilligung zur Heirat verweigert. Der Angeklagte wurde schuldig befunden und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — In Breslau wurde der Arbeiter Joseph Kerby, welcher in angegrunkenem Zustande den Kaiser und den Polizeipräsidenten von Breslau **beleidigt** hatte, wegen Majestäts- und Beamtenbeleidigung zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — Gleichfalls in Breslau wurde der Glasergeselle Moritz Pfordt wegen **Majestätsbeleidigung** in zwei Fällen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Majestätsbeleidigungs Prozeß eigener Art.

Der 35. Mal wegen Beleidens, Landstreichens, Beleidigung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruchs und ähnlicher Delikte vorbestrafter Zigarrenarbeiter Hermann Heinrich Röder soll, wie wir dem Hamburger Echo entnehmen, nach der gegen ihn gerichteten Anklage den deutschen Kaiser beleidigt haben. Der Angeklagte, gegen den vor der Strafkammer I des Landgerichts Altona verhandelt wurde, soll am Sedantage vor einem Baden in der Hofstenstraße, in welchem die Büsten des Kaisers, Bismarck's, Noons ausgestellt waren, in bezug auf die Büsten Aeußerungen gethan haben, durch welche der deutsche Kaiser beleidigt sein soll. Der an der Finneberger Chaussee 126 wohnende Gärtner Louis Lehmann, der die Aeußerungen gehört haben will, fühlte sich in seinen patriotischen Gefühlen so verletzt, daß er einen Polizeibeamten herbeirief und den Angeklagten verhaften ließ. Von dem Angeklagten wurde behauptet, daß seine beschimpfenden Aeußerungen nicht in bezug auf alle drei Büsten, sondern nur in bezug auf die Büste Bismarck's gefallen seien. Nach den bestimmten Aussagen des Denunzianten und denen seiner Ehefrau und eines Gärtner's Schmidt hielt das Gericht den Thatbestand der **Majestätsbeleidigung** jedoch für erwiesen und erkannte in Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten und in Rücksicht darauf, daß die Aeußerungen auf öffentlicher Straße erhoben und der Angeklagte die meiste Zeit seines Lebens vom Staate erhalten wurde, (im Gefängnis nämlich!) jemit am allerwenigsten berechtigt sei, gegen den deutschen Kaiser Vorwürfe zu erheben, auf eine neunmonatliche Gefängnisstrafe.

Die Sonnabend-Nummer des Allgemeinen Beobachters in Essen wurde wegen eines Artikels unter der Ueberschrift „Auf nach Recht und Gerechtigkeit“ **beschlagnahmt**. In diesem Artikel soll eine Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Essen enthalten sein.

Die Lehrerin **Ida Altmann** hat Sonnabend eine zehntägige Haft angetreten wegen der in der freireligiösen Gemeinde gehaltenen Vorträge.

Der **neue Minister des Innern** wird in dem Hannov. Courier in einen gewissen Gegensatz zu dem Minister von Berlepsch gestellt. Herr v. d. Necke habe in Düsseldorf in Würdigung der realen Verhältnisse sich frei gehalten von dem vielleicht zu weit gehenden Idealismus, dem nach dieser Richtung sein Vorgänger daselbst, Herr v. Berlepsch, sich hingegeben hatte. Herr

v. d. Necke vertrete eben die Meinung, daß unseren sozialen Zuständen außer philanthropischen Bestrebungen auch noch etwas anderes not thut: eine Eindämmung der zügellosen sozialdemokratischen Propaganda. Zum Unterschied von den Bezirken Köln und Aachen habe der Düsseldorf'sche Regierungspräsident bei Gelegenheit der Agitationstour des Abg. Mollenhuth in Städten seines Bezirks den Plan verhindert, planmäßig die Frauen für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen.

Der Geschäftsordnungsausschuß der bayerischen Kammer der Abgeordneten hat am Sonnabend beschlossen, daß dem Ersuchen auf **Strafverfolgung verschiedener Blätter** wegen Beleidigung der Kammer in keinem Falle Folge gegeben werden soll. Ist vernünftig.

Die deutsch-konservative Fraktion vereinigte sich Sonnabend mit dem Minister v. Koeller zu einem **Abschiedsdiner**, das in gehobener Stimmung verlief — so manche Thyräne floß.

Reichstagswahl im 15. württembergischen Wahlkreise: Gröber (Ctr.) 10 209, Schmid (Deutschpartei) 2239, Quibde (Volkspartei) 3275, Klotz (Soz.) 128 Stimmen. Zwei Gemeinden fehlen. Gröber ist wiedergewählt.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Redakteur des Organs der Porzellanarbeiter und verwandten Berufe, Die Ameise, wurde wegen **Veröffentlichung von Sperrnotizen** mit einem Strafmandat bedacht, durch welches sechs Wochen Haft über ihn verhängt werden. — **Ausgewiesen** aus Elßaß-Lothringen wurde der Maurer Kummerle. Derselbe ist französischer Optant. R. soll, wie von der Polizei behauptet wird, ein eifriger Sozialdemokrat sein, gelegentlich der letzten Reichstagswahlen soll er mit Sammellisten hausieren gegangen sein. Schrecklich! — In folgenden Orten haben die **Metallarbeiter** Lohnunterschiede: Berlin (Telephonbauanstalt von Welles, Elisabethufer); Durlach (Hölzer); Bielefeld i. Westf., Basel; Mannheim (Reuling); Reidenfels bei Bamberg (Hemmer); Stendal (Arnoldische Eisenschmelzfabrik); Wifitz bei Aulzig a. E. (Gubstahlschütte von Arnold u. Krefz).

Die Kommission für Arbeiterstatistik

beschäftigte sich, wie der Reichsanzeiger mitteilt, in ihren Sitzungen vom 10. und 11. d. M. nach Erledigung der Eingänge zunächst mit der Erhebung über Arbeitszeit, Rindigungsfristen und Gehaltsverhältnisse im Handelsgewerbe. Die Kommission hält eine Regelung der Arbeitszeit in den offenen Ladengeschäften für notwendig und durchführbar. Sie befürwortet den Erlaß einer Vorschrift, wonach die Läden, von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens geschlossen sein müssen, und die Handlungsgeschäfte, -Gehrlinge und Geschäftsdienere innerhalb der Zeit, während welcher die Läden geschlossen sind, in der Regel zur Arbeit für das Geschäft nicht herangezogen werden dürfen. Die Kommission hält ferner Bestimmungen für erforderlich, welche den Angestellten der offenen Ladengeschäfte die zur Einnahme der Hauptmahlzeit notwendige Zeit sichern. Zur Förderung der Fortbildung der Lehrlinge bringt die Kommission die Aufnahme einer Bestimmung in Vorschlag, wonach an Orten, wo eine vom Staat oder der Gemeinde anerkannte Fach- oder Fortbildungsschule besteht, den Handlungsgeschäften und -Gehrlingen unter 18 Jahren nicht nur die zum Besuch der Fortbildungsschule, sondern auch die zum Besuch der Fachschule erforderliche Zeit zu gewähren ist. Endlich hat die Kommission noch eine Reihe von Bestimmungen vorgeschlagen, die nach dem Vorgang der §§ 120a fg. der Gewerbeordnung eine Verbesserung der Ladenräume bezwecken. Eine gesetzliche Regelung der Rindigungsfristen, insbesondere die Einführung einer monatlichen Minimalrindigungsfrist, hält die Kommission gleichfalls für notwendig. Sie befürwortet ferner ein Einschreiten gegen die Mißstände, die mit der Anwendung der sogenannten Konkurrenzklausele verbunden sind, und wird auch in dieser Hinsicht dem Reichskanzler eingehende Vorschläge unterbreiten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Erhebung über die Arbeitszeit in den Getreidemühlen“ beschloß die Kommission nach Erstattung des Referats und der Korreferate die mündliche Vernehmung von 40 Auskunftspersonen aus dem Mülleerzgewerbe vor der Kommission.

Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht) Wegen gefährlicher Körperverletzung wurden die Arbeiter Franz v. Daczkowski zu zwei Monaten Gefängnis und Josef Chrosock zu Kl. Wanzleben zu 1 Jahr und 1 Monat Ge-

fänglich verurteilt. — Der Bote Albert Franke in Spandau erstwindelte sich von einem Restaurateur 20 Mark. Das Urteil lautete auf einen Monat und einen Tag Gefängnis. — Der Handlungsgehilfe Richard Kirchberger hier fällte in 4 Fällen Quittungen und wurde dafür zusätzlich zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter Drewhin aus Gr.-Wanzleben kahl einen Jagdhund und verkaufte ihn für 3 Mark. In Anbetracht der Vorstrafen wurde auf 1 Jahr Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht erkannt. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 16. Dezember 1895.

Die Sachsenchau nimmt von dem Fall Lubin Kenntnis und begleitet denselben mit folgendem Sage: „Wir werden unsere Begehungen erst dann vollständig zurücknehmen, wenn das Arbeiterblatt durch seine fernere Haltung beweist, daß es sich auch vor den Tadeln in Menschengehalt nicht fürchtet. Also vorwärts! Aufwärts! Aufwärts! Alles was die Sachsenchau an Gemeinheit und gegenseitiger Gelfelheit, wird durch diesen Satz übertrieben.“

Archivar Dr. Winter, welcher bislang den Grundsatz vertreten hat, daß man sich nicht damit begnügen dürfe, den Antisemitismus literarisch zu bekämpfen, sondern daß es Pflicht jedes überzeugten Gegners des Antisemitismus sei, diese seine Ansicht auch praktisch den Aufstrebenden selbst gegenüber zu vertreten, ist durch das Auftreten der Magdeburger Antisemiten eines Besseren belehrt worden. Herr Dr. Winter erklärt in den Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, daß er künftig sich durch keine wie auch immer geartete Einladung oder Provokation der Antisemiten bewegen lassen wird, in ihren Versammlungen zu erscheinen. Diese Erklärung kommt zwar etwas spät, doch nicht zu spät. Gleichzeitige befragt Herr Dr. Winter den Verlauf der letzten Antisemitenversammlung; nach dem Bericht sind die Gegner der Antisemiten in der unerschämtesten Weise angegriffen worden. Wenn hervorgehoben wird, daß die Versammelten „hüßlichst erregt“ gewesen sind und diese Erregung bis zum Schluß der Versammlung zunahm, so ist uns jetzt die Polizeiverfügung erklärlich, daß nach 11 Uhr keinerlei öffentliche Versammlungen tagen sollen. Vorläufig ist uns noch unklar, warum diese Polizeiverfügung nicht über sozialdemokratische Versammlungen herabgesehen wurde, welche bekanntlich zu keiner „Erregung“ Anlaß gegeben haben.

Das Schulgebäude an der Agnesenstraße soll vor Weihnachten geschlossen werden. Wir haben bereits im Frühjahr dieses Jahres empfohlen die Kinder anderweit unterzubringen. Wände und Dielen der untersten Klassen sind sehr feucht, so daß die Gesundheit der Kinder und Lehrer Gefahr leidet. Auch jetzt sind die Zustände in dieser Schule unersichtlich, so daß die Räumung derselben nicht schnell genug bewerkstelligt werden kann.

Unfälle. In der hiesigen Krankenanstalt fanden Aufnahme: der Arbeiter Karl S., dem ein eiserner Hornlatz auf die linke Hand gefallen war, wobei er eine Fingeramputation erlitten hatte, und der Schloßergeselle Max P., der sich bei der Arbeit an einer Stanzmaschine den Zeigefinger der rechten Hand verletzt hatte.

Gegenwärtig schweben Verhandlungen, um die Straßenbahnen (und zwar beide Gesellschaften) für elektrischen Betrieb einzurichten.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Antrieb in der Woche vom 9.—14. Dez. 1895: 203 Kühe (einschl. 22 Bullen), 264 Kälber, 240 Schafweide pp., 1808 Schweine. Preise am Freitag, den 13. Dezember 1895: Ochsen Ia 34—35, IIa 31—33, IIIa 29—30; Kühe Ia 28—30, IIa 25—27; Kälber Ia 26—28, IIa 22—23; Kälber Ia 40—45, IIa 34—39; Schafe 20—23, Hammel 23—24, Lämmer 25—26 für 50 Kilogramm Lebendgewicht. Schweine 42—46, Sauen 38—42, Eben 30—33 Mark für 50 Kilogramm Schlachtgewicht. Schweine werden nach Lebendgewicht mit 40—50 Pfund Tara pro Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eben mit 20 Prozent Tara verkauft. Landes-: mittelmäßig. Rest bleiben 100 Schweine.

Parlamentarische Nachrichten.

Unlauterer Wettbewerb.

Staatssekretär v. Böttcher, welcher bei den Handwerkern in Ungnade verfallen ist, weil man ihm nachredet, er habe kein Herz für diesen durch den Kapitalismus und den „unlauteren Wettbewerb“ so arg in die Enge getriebenen Stand, fühlte sich berufen, am Freitag im Reichstag der Mit- und Nachwelt zu beweisen, daß ihm wohl

an der Erhaltung und dem Schutz des Handwerkerstandes gelegen ist. Zu diesem Bekenntnis gab ihm Gelegenheit der Abg. Singer, welcher, wie aus der letzten Nummer dieses Blattes ersichtlich, dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf „zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs“ wohl sympathisch gegenüberstand, jedoch bezweifelte, daß die daran geknüpften Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. Singer sagte: „Die Vorkommnisse, die hier getroffen werden sollen, sind eben logische Folgen der kapitalistischen Produktionsweise. Die Findigkeit der Unternehmer wird immer Mittel finden, das Gesetz zu umgehen.“ Trotzdem wollte Singer die Regierung in dem Vergnügen nicht stören, Mittel gegen den unlauteren Wettbewerb ausfindig zu machen.

Diese Worte zu hören war dem Herrn Minister, sowie den angeblichen Handwerkerfreunden nicht angenehm; während die letzteren knurrten und murrten, raffte sich der Herr Minister zu einer geharnischten Gegenerklärung auf. Er, der nicht geglauht, daß dieser Entwurf in so „scharfer Weise“ bekämpft werden würde, war überzeugt, daß es dem Abg. Singer nur darauf ankomme, „Unzufriedenheit zu erregen“. Der Herr Minister sagte:

Die Sozialdemokraten, die doch alle Unmoralität, vornehmlich in dem höheren Gesellschaftskreisen, verurteilt, sollte doch geneigt sein, auch hier unmoralischem Gebahren entgegenzutreten. Der Redner ist aber weit davon entfernt.

(Auf bei den Sozialdemokraten: Ungehört!)

Ihm scheint daran zu liegen, daß die unlauteren ungeordneten Zustände auf diesem Gebiete aufrecht erhalten werden.

(Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Dazu werden die anderen Parteien jedenfalls nicht die Hand bieten. Da, wo unlautere und unredliche Mittel anfangen, muß das Gesetz eingreifen, um den Redlichen zu schützen.

Das Staatssekretär v. Böttcher in so heftiger Weise den sachlichen Ausführungen unseres Genossen begegnete, beweist uns, daß in dieser Session den Sozialdemokraten scharf auf den Leib gerückt werden soll — der Herr Reichskanzler hat ja den Reigen begonnen und Kriegs- und Justizminister haben ja bereits vor dem Staatssekretär Proben ihrer scharferen Tonart abgegeben. Uns alteriert selbstverständlich diese Tonart nicht im geringsten; nach wie vor werden wir uns erlauben, unsere Meinung zu sagen, selbst unter der Gefahr, noch scharfer bekämpft zu werden. Wir unverbesserliche Sünder sind nun einmal keine Heuchler — was wir zu sagen haben, sagen wir trotz der Ungunst von oben oder der Ungunst einer Klasse, der die Regierung mit Gesetzesvorlagen zur Hebung der „sozialen Nothlage“ beibringen will.

Wir können uns eines Schadens nicht erwehren über den Eifer, mit dem man gegenwärtig im deutschen Reich daran geht, durch ein Gesetzesfabrikat gegen den unlauteren Wettbewerb den ungezügelten Konkurrenzkampf moralisch zu künmen und zu frisieren und die alte, altväterliche kaufmännische Ehrbarkeit und Respektabilität mittels Strafparagrafen wieder zum Leben zu erwecken, nachdem sie in der großkapitalistischen Strömung längst das Zeitliche gesegnet hat! Den Konkurrenzkampf moralisieren! Es hört sich an wie „Ethisierung des Krieges“. Als ob sich etwas, dessen Lebenselement das Gegenteil von Moral ist, mit dieser niemals vertragen könnte! Die Moral sagt: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu“, das thug auch keinem Andern zu.“ Die Konkurrenz dagegen nötigt den Geschäftsmann, egoistisch, rücksichtslos zu sein, die Ellenbogen zu gebrauchen, andere beiseite zu schieben und sich vorzudrängen, um Kunden zu fischen und seine Waren abzuweisen. Thut er das nicht, dann mag er nur gleich sein Geschäft schließen, denn er kommt sein Lebenlang auf keinen grünen Zweig.

Die Zeiten sind dahin, wo der Produzent oder Kaufmann mit verchränkten Armen abwarten konnte, bis die Kunden ihn auffuchten. Jetzt muß sich der Berg zu Muhammed bewegen, die Massenproduktion und die Ueberschüffigkeit in sämtlichen Berufszweigen zwingt den Produzenten wie den Händler, Kunden aufzusuchen, den anderen solche wegzuschneiden, durch Verbilligung seiner Artikel und andere Vorkmittel, in die Reklametrömmel zu stoßen so laut er nur immer kann u. s. f.

Genau besehen, dürfte auch die vielgerühmte alte kaufmännische „Ehrbarkeit“ mehr der Sage als der Geschichte angehören. Nicht umsonst war schon bei den alten Römern Merkur, der Gott des Handels, zugleich der Gott der Diebe, und nicht umsonst sind in der deutschen Sprache „tauschen“ und „täuschen“ so stamm- und klangverwandt. „Schon das Altertum beklagte sich über die Gemeinheit, Niedertracht, ja geradezu Schändlichkeit der Den- und Handlungsweise der kleinen Geschäftsleute“, bezeugt der österreichische Nationalökonom Em. Herrmann in seinen Studien „Kultur und Natur“. Und er fügt hinzu:

Wie viel Elend und Not entspringt der freien Konkurrenz dieser vielgepriesenen Methode des wirtschaftlichen Vernichtungsfreudens der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, diesem Faustrecht unter dem Deckmantel friedlichen Wettbewerbes!

Die Art, wie Fr. Engels den in den ältesten Zeiten sich entwickelnden Handelsstand charakterisiert, entspricht ebenfalls nicht der erbaulichen Mär von dessen Tugend und Biederkeit. In den Anfängen der auf die Oberstufe der Barbarei folgenden Zivilisationsperiode führt Engels aus, „tritt zum ersten Mal eine Klasse auf, die, ohne an der Produktion irgendwie Anteil zu nehmen, die Leitung der Produktion im ganzen und großen sich zu erobern, die Produzenten sich ökonomisch zu unterwerfen weis, die sich zum unumgänglichen Vermittler zwischen je zwei Produzenten macht und sie beide ausbeutet. Unter dem Borwande, den Produzenten die Mühe und das Risiko des Austausches abzunehmen, den Absatz ihrer Produkte nach entfernten Märkten auszuweiten und damit die nützlichste Klasse der Bevölkerung zu werden, bildet sich eine Klasse von Parasiten aus, echten gesellschaftlichen Schmarozkerten, die als Lohn für sehr geringe wirkliche Leistungen sowohl von der heimischen wie von der fremden Produktion den Raub abschöpft u. s. f.“ Und nota bene: wirkliche Produzenten sind immer die arbeitenden Klassen — ob mit Hand oder Kopf —; die Großindustriellen, Kapitalisten von heute, die sich so gern als Produzenten aufspielen, sind größtenteils bloße Kaufleute, denn die Produktion und deren Leitung wird lediglich durch die Arbeiter und Angestellten besorgt; vielfach ist auch ihre kaufmännische Thätigkeit eine minimale, da der Verkauf, der Absatz durch die kaufmännischen Direktoren, Geschäftsreisenden und Agenten geschieht, ihre Thätigkeit beschränkt sich also vorzugsweise auf das Kapital, das sie in den Betrieb stecken, und den Profit, den sie einfischen.

Nein, mit der Krämertugend mochte es auch früher nicht weit hergewesen sein, und wenn allerdings der Konkurrenzkampf keine so häßlichen Formen angenommen hatte, wie gegenwärtig, so lag das selbstverständlich an der noch mangelhaften Entwicklung des Kapitalismus.

Wo eines Platz nimmt, muß das andre rücken, Wer nicht vertreiben sein will, muß vertreiben, Da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt.

Dieses Schillerische Wort kennzeichnet die Natur und das Wesen des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes, dem Attribut des Klassenstaates, von ihm unzertrennlich wie die Kälte

Fantiletton.

Im Exil.

Roman von Georges Renard.

Autentische Uebersetzung von Marie Kanert.

Aber da heftige Worte den Bruch, den Frau Messant wünschte, nur um so unheilbarer machen konnten, so ließ sie ihrem verlegten mütterlichen Stolz freien Lauf:

„Ich weiß nicht, daß mein Sohn sich um die Ehe, in Ihre Familie einzutreten, beworben hat. Es ist daher auch überflüssig, ihm etwas zu versprechen, was er nicht begehrt hat. Und wenn er, wie Sie sagen, Ihrem prächtigen Tochter Salamanien erwiesen hat, so ist es offenbar, daß sie ihn durch Korbklettereien dazu ermannt hat. . . o, in aller Unschuld, davon bin ich überzeugt. Ich will sie deswegen auch nicht tadeln. Sie mag ja in Ihren Augen ausgerechnete Eigenschaften besitzen. Aber ich glaube Ihnen die Mitteilung machen zu müssen, daß sie nicht diejenige besitzt, welche ich für meine Schwiegertochter wünsche. Mein Sohn ist übrigens nicht in Verlegenheit, wenn er heiraten soll. Und ich will Ihnen nur verraten, daß er eine hübsche, sehr ergebene und sehr reiche Cousine hat, die ihn in Paris erwartet.“

Frau Messant sagte hier etwas mehr als die Wahrheit, denn sie hielt es für nötig, auf den Hies den Gegenstand folgen zu lassen. Frau Koveray begann jetzt die Miene einer heftigsten Königin anzunehmen. Aber nach einer Weile wurde sie in demselben Maße nachgiebiger gefasst, als ihre Besucherin gereizter sprach. Sie hatte Frau Messant kampfbereit als eine Feindin, die ausgespielt worden war, um das Terrain zu rekonstruieren, empfangen. Jetzt ahnte sie in ihr eine Verbündete. So erwiderte sie dem in wesentlich jüngerem Tone.

„Ich sehe, daß Sie diese unangenehme Verbindung ebenso wünschen wie ich. Ich bin einzig davon, Madame, und ich glaube auf Ihre Unterstützung rechnen zu können, um diese lächerliche, gefährliche Verbindung zu hintertrieben.“ Frau Messant bekräftigte ihren guten Willen. Sie war bereit, René Bernunft zuzusprechen, aber sie verhehlte sich nicht, daß die Aufgabe sehr bedäuf war.

„Die jungen Männer — Sie werden das auch noch später erfahren — lassen sich in solchen Angelegenheiten nicht gern von ihren Müttern leiten.“

Frau Koveray dachte einen Augenblick nach. Sie erinnerte sich des Rates, den ihr Bruder gab: solche Charaktere nicht vor den Kopf zu stoßen.

„Ja“, antwortete sie. „Ich begreife diese Schwierigkeit. Besser wäre es vielleicht, wenn Sie nichts sagten. Ein Freund, ein Mann, der Einfluß auf Ihren Sohn besitzt, müßte es unternehmen, ihm die Wirklichkeit zum Bewußtsein zu bringen.“

„Ach! Sein Vater ist leider nicht mehr“, seufzte Frau Messant. „Ich wüßte nur noch einen Menschen, der uns helfen dürfte, und das ist der Herr Pastor Boret. Aber ich kann doch nicht seine Vermittlung anrufen, das sähe ja aus, als hätte ich mich vor meinem Sohne.“

Annettes Mutter schien zu zögern; dann sagte sie mit der ihr eigenen Entschlossenheit:

„Nun, dann werde ich zu ihm gehen.“

Und die beiden Frauen trennten sich, zufrieden mit einander, wie wenn sie jedoch das Glück ihrer Kinder gesichert hätten.

Der Herr Pastor Boret war nicht wenig erstaunt, als er eines Tages Frau Koveray ins Pfarrhaus eintraten sah. Er gehörte der Nationalkirche, sie der freien Kirche an, und wenn zwischen diesen beiden auch kein anderer Unterschied bestand, als der, daß die eine vom Staat, die andere von Privatpersonen unterhalten wurde, so hatte doch der Umstand, daß sie beide neben einander bestanden, eine Ähnlichkeit zwischen ihnen geschaffen, die an Konkurrenz erinnerte und Antipathien, die dem Paß gleich kamen.

Äußerlich weniger empfing Herr Boret Frau Koveray mit vollendeter Höflichkeit, unter der sich eine lebhafte Neugier verbarg. Sie leitete die Unterredung durch einige höfliche und verlegene banale Redensarten ein, dann sprach sie unter dem durchdringenden Blick des Predigers über zu jagen sich: Wo will sie denn hinaus? — plötzlich alle Umschweife ab und sagte:

„Sie sind der Freund des Herrn Messant, wie man sagt, Herr Pastor?“

„Sie sind recht berichtig, Madame, ich hege große Achtung und Verehrung für ihn. Aber welche Beziehung besteht zwischen dieser Verwandtschaft und dem Besuche, mit dem Sie mich beehren?“

„Ich habe Vermählung, zu glauben, daß er meiner Tochter den Hof macht, und ich möchte . . .“

Frau Koveray suchte nach einer Umschreibung, um die Sache nicht gar zu brutal zum Ausdruck zu bringen.

„Und Sie wollten Erkundigungen über ihn einziehen“, kam ihr der Pastor verbindlich zu Hilfe. „Wohlan, Madame, ich kann Ihnen sagen, daß er ein achtbarer, sehr gebildeter Mann von zuverlässigem Charakter ist. Ich bin überzeugt, daß er ein vortrefflicher Gatte werden wird.“

„Ich zweifle nicht daran“, sagte Frau Koveray, „aber das beunruhigt mich auch nicht.“

„Sie wollen sagen, daß er ein Fuchtlings ist. Bah! Der Vertreter für Bern in Frankreich ist auch ein ehemaliger Geächteter. Unsere trefflichen Nachbarn erweisen uns alle zwanzig Jahre den Treuesdienst, uns einige ihrer besten Männer zu schicken.“

Frau Koveray kostete vor Ungeduld. Und der Pastor, der es bemerkte, empfand vielleicht etwas Schadenfreude und ging absichtlich auf eine falsche Fährte. Er fügte hinzu:

„Es ist wahr, Herr Messant ist nicht reich.“

„Was thut das? Ob reich oder arm, gebildet oder nicht, Herr Messant gehört unserer heiligen Religion nicht an, und ich glaube, Herr Pastor, das ist gerade genug, Sie und ich können deshalb eine Verbindung zwischen ihm und meiner Tochter nicht billigen.“

„Das also beunruhigt Sie. Nun, verehrte Frau, ich weiß, daß Herr Messant nicht zu uns gehört, und ich bedauere es. Aber ich kann Ihnen unter uns sagen, daß er ein rechtlich denkenderes, größer und edler angelegtes Herz besitzt, als viele unserer Brüder, ja sogar unserer Schwestern. Wenn er den Glauben nicht hat, der, wie Sie wissen, nicht jedem gegeben ist, so hat er doch die göttliche Tugend der Nächstenliebe erkannt und übt sie aus. Kurz, wenn ich eine Tochter hätte und Herr Messant erwies mir die Ehre, um sie anzuhalten, so würde ich nicht zögern, sie ihm zu geben.“

Frau Koveray ließ die Lippen zusammen. Sie war wütend über das Lob, das René gesendet wurde. Gereizt sagte sie:

„Sie haben Ihre Ansichten darüber, Herr Pastor, ich habe die meinigen. Uebrigens ist mein Entschluß unwiderruflich. Auch will ich Sie nicht um einen Rat bitten . . .“

„Und um was denn?“

(Fortsetzung folgt.)

vom Winter. Man wird bestenfalls seine widerlichsten Auswüchse ein wenig beschneiden, resp. aus der Öffentlichkeit einigermaßen verdrängen können. Aber kein Gesetz wird das Wort des bereits erwähnten Sozialökonomten blühen strafen:

Soweit das Gebiet des Wettbewerbes reicht, kann nur der Egoismus einwirken, sind Lüge, Betrug, Schwindel, Anbiederung, sind Ketzler, Täuschung, Hinterlist die Mittel, welche der Ader der Wirtschaft hervordringt.

Der Eifer aber, mit dem man jetzt dem „unlauteren Wettbewerb“ an den Fingern will, ist uns ein erfreuliches Symptom, wie unheimlich es nachgrabe der kapitalistischen Bourgeoisie selbst in ihrer kapitalistischen Herrlichkeit und dem gepriesenen „Spiel der freien Räfte“ zu werden beginnt. Und nicht nur ökonomisch macht sich der zügellose Konkurrenzkampf den Kapitalisten selber immer unheimlicher fühlbar: er wirft auch seine schwarzen Schlaghatten in ihre Luftbarkeiten und läßt nicht wenige von ihnen der Neuraftbente (Kerbofistät) — der Kapitalistenkrankheit, wie wir sie früher einmal an dieser Stelle genannt haben — anheimfallen.

„Die freie Konkurrenz, d. i. die Freiheit, andere zu verdrängen, leitet von selbst zu ihrer Aufhebung,“ auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt, schlägt sie in ihr Gegenteil um. Freie Konkurrenz heißt Herrschaft der Produkte über die Produzenten, Sozialismus heißt Herrschaft der Produzenten über die Produkte. „Es ist,“ wie Engels sagt, „der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“

Und von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet unsere Partei die gegenwärtig zur Beratung stehende Vorlage betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, auf deren Einzelheiten wir in einem besonderen Artikel zurückkommen. —

—m— Berlin, den 14. Dezember 1895.

In der heutigen Sitzung rechnete Genosse Singer mit dem Herrn Staatssekretär ab; Singer wiederholte, daß er im Prinzip für die Vorlage sei. Singer glaubte die Sache richtiger zu beurteilen, wenn er vor Ueberfchätzung der Wirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes warne. Der nervöse Angriff des Staatssekretärs hat auf Singer den Eindruck gemacht, als seien die Minister verpflichtet, alles, was von der Sozialdemokratie kommt, zu bekämpfen. Der Staatssekretär, welcher heute weniger erregt war, entgegnete, daß eine Verpflichtung einer Bekämpfung aller von den Sozialdemokraten vorgebrachten Anregungen nicht besteht. Der Herr Staatssekretär habe sich nur erregt über den Vorwurf, daß die Vorlage der verdrängten Regierungen zur Förderung der Niederkunft diene. Genosse Singer rief dem Minister zu: das gilt nur für den § 9, welcher, wie aus den Debatten ersichtlich, von keiner Partei angenommen werden wird. Die Vorlage ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Es folgte die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Unsern Standpunkt zu dem Entwurf vertrat Genosse Wurm; seine Ausführungen finden unsere Leser im Parlamentsbericht. Die Vorlage wurde einer Kommission von vierzehn Mitgliedern überwiesen und die Sitzung um 5 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Schnelliger Antrag Muer auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Dr. Lüttgenau, ferner erste Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Börsenreform. —

8. Sitzung vom 14. Dezember 1895.

Eröffnung 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. v. Böttcher, Niederding. Eingegangen sind das Margarinegesetz und die Novelle zu den Reichsjustizgesetzen betr. Einführung der Berufung in Strafsachen etc. Die erste Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes wird fortgesetzt.

Abg. Fiebig (Reform): Mein Standpunkt gegenüber der Vorlage dürfte demjenigen des Abg. Singer am nächsten liegen. Die Strafbestimmung gegen den Verfall von Geheimnissen scheint mir in der vorliegenden Form ganz unannehmbar. Wird er nicht wesentlich abgeändert, so möchte meine Partei gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Singer (Soz.): Die Kerbofistät, die Herr v. Böttcher gestern mir gegenüber gezeigt hat, kann ich mir nur als den Mangel an Evidenz erklären, um mich zu widerlegen. Ich habe mich durchaus nicht prinzipiell gegen die Vorlage erklärt, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, wir brähen ihn Sympathie entgegen. Ich befürchte nur, daß die Hoffnungen, welche die Regierung an den Entwurf knüpft, sich nicht erfüllen werden. Wir werden auch für die Bestimmungen des Gesetzes stimmen, die wir nicht für direkt schädlich halten. Ich habe mich namentlich dagegen ausgesprochen, daß die Bestimmungen gegen die Quantitäts-Bestimmungen dem Verfall des Bundesrats überlassen werden sollen. Damit haben wir bei den Sonntagsstufen-Bestimmungen wirklich genug schlimme Erfahrungen gemacht. Hier fordern wir feste gesetzliche Normen.

Staatssekretär v. Boetticher: Ich bin mit einer Kerbofistät bei meiner gestrigen Rede nicht bewußt. Wenn ich etwas lebhafter als sonst geworden bin, so trägt der Redner die Schuld, der der Regierung den Vorwurf machte, ein Gesetz zur Förderung der Niederkunft und Anbiederung eingebracht zu haben. (Abg. Singer: Das gilt nur für § 9) Eine Verpflichtung, alle Anschuldigungen der Sozialdemokraten zu bekämpfen, besteht für mich nicht; wenn es den Sozialdemokraten empfindlich ist, die Ausschreitungen des unlauteren Wettbewerbes zu bekämpfen, so werde ich gern Schlichter an Schlichter mit ihnen kämpfen. Hieraus wird der Gesetzesentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Strafbestimmungen für den Verkauf seitens der Konsumvereine an Nichtmitglieder).

Abg. Dr. Fiebig (Centr.): Der vorliegende Entwurf geht nicht so weit wie unser früherer Antrag. Nach unserem Vorschlage sollten auch Nichtmitglieder, die gewerbmäßig aus Konsumvereinen ihre Waren beziehen, bestraft werden, die Vorlage weiß nichts davon, sie will nur eine Bestrafung einwirken lassen, wenn ein Nichtmitglied sich der Begünstigung eines anderen zum Zwecke der Einnahme von Waren bedient. Ich beantrage deshalb Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Dr. Fiebig (nat.-lib.): Der der Vorlage zu Grunde liegende Gedanke ist der, daß der Staat im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit wirken muß, nicht aber dem einen Stande Vorteile vor dem anderen zuwenden darf. Die Konsumvereine sind nur berechtigt, innerhalb des ursprünglichen Zweckes, ihren Mitgliedern billige Kaufsmittel zu verschaffen. Im allgemeinen sehen wir dem Entwurf gegen-

partisch gegenüber und werden versuchen, nach Möglichkeit denselben zu verbessern.

Abg. v. Czarlinski (Pole) führt aus, daß über die Verhältnisse auf dem Gebiete der Konsumvereine auch in den polnischen Landestheilen große Unzulänglichkeiten bestehen.

Abg. Dr. Schneider (Frel. Vpl.): In den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes über die Konsumvereine, auf welche die Vorlage Anwendung finden soll, ist nur die Rede von Vereinen zum gewerbmäßigen Ankauf von Lebensmitteln. Es ist aber nichts von notwendigen Lebensbedürfnissen darin gesagt. Wenn also hier der Wunsch geäußert wird, die Konsumvereine würden sich auf die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel beschränken, so findet dieser Wunsch in den gesetzlichen Bestimmungen keine Grundlage. Gegenüber den Klagen, die gegen die Konsumvereine laut werden, ist es nötig, auf die Verbreitung der Konsumvereine hinzuwirken. Die gesamte Zahl derselben betrug im Mai 1895 1412, die sich auf etwa 1400 Orte verteilen. Daraus geht hervor, daß in einer großen Zahl von Orten Deutschlands keine Konsumvereine bestehen und auch schwerlich Aussicht auf Entstehung haben, da in diesen Orten der Kleinhandel in soliden Händen liegt und die Preise sich sachgemäß gestaltet haben. 60 Prozent der Mitglieder der Konsumvereine sind unelbständige Arbeiter, denen es sehr darauf ankommt, ihre Bedürfnisse billiger zu beziehen, eine Thatsache, die von großer sozialpolitischer Tragweite ist. Dazu kommen 29 400 selbständige Handwerker, die doch selbstverständlich den Konsumvereinen nur beitreten, weil sie von dem Vorteil derselben überzeugt sind und keine Schädigung ihrer Interessen befürchten. Bei den Mitgliedern gehören ferner 8196 Handwerker, einige Kaufleute, Beamte usw. Die den landwirtschaftlichen Vereinen gewährte Erleichterung hat die prinzipielle Bedeutung, daß die verbündeten Regierungen ihre gesetzlichen Bestimmungen nicht gerade als unantastbares Evangelium betrachten. Für die Regierung sollen zu diesen Änderungen angeblich sozialpolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sein. Damit wird gewissermaßen das Prinzip der Verantwortung des Reiches für die wirtschaftlich schwachen Existenzen festgelegt, welche aus eigener Hilfe nicht durchkommen können. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn der Staat eingreift, ohne die Interessen anderer zu verletzen, aber in erster Linie sollte man doch die beteiligten Kreise auf das Gebiet der Selbsthilfe verweisen. Das Reich würde nur insoweit gesetzgeberisch eingreifen haben, als irgend welche Privilegien für Konsumvereine bestehen, die ihnen eine Bevorzugung gegenüber den konkurrierenden Einzelhändlern einräumen. Bei den Vereinen eine rechtliche Grundlage gegeben ist, ist kein Privilegium; im Gegenteil, es ist Pflicht und Schuldigkeit des Staates, diese Vereine als juristische Personen anzuerkennen. Die angeblichen Steuerprivilegien der Konsumvereine sind eine Legende, die sich freilich auch bis in die Reihen des Bundesratsstisches verbreitet hat. Wenn durch die Agitation gegen die Konsumvereine und in Folge dieses Gesetzes einige Konsumvereine sich auflösen sollten, würden eben von einzelnen Kaufleuten zahlreiche neue Väthen aufgemacht, die noch eine größere Konkurrenz machen würden. (Beifall links)

Abg. Wurm (Soz.): Dieser Gesetzesentwurf ist der unbegründetste, der seit längerer Zeit an uns herangetreten ist. Man kann das der Regierung nicht abel nehmen, denn 1889, als der Antrag Kulemann den Anfang zur Verschlechterung des Genossenschaftsgesetzes machte, erklärte die Regierung durch den Geheimrat Jagens, daß, wenn der Antrag mit der Bestimmung angenommen würde, er den verbündeten Regierungen nicht genehm sein würde; sie ließ durchblicken, daß das ganze Gesetz scheitern könnte. Heute thut die Regierung, was sie 1889 für unzulässig erklärte, bloß den Herren Vertretern des sogenannten Mittelstandes zu Gefallen. Der Entwurf will diejenigen Konsumvereine, die an Nichtmitglieder verkaufen, unter Kontrolle bzw. Strafe stellen, weil dieser Verkauf an Mitglieder den Handel und das Handwerk ruinieren oder wenigstens benachteiligen. Konsumvereine und Konsumgenossenschaften müssen doch aber aufeinandergehalten werden. Woher weiß die Regierung, daß diese Genossenschaften den Handel und das Handwerk dadurch schädigen, daß sie an Nichtmitglieder verkaufen. Es ist nicht der geringste Beweis dafür erbracht worden, daß die Konsumvereine durch Verkauf an Nichtmitglieder irgend jemand schädigen. Dieser Beweis kann auch gar nicht erbracht werden, denn die Institute, welche die Schädigungen weilt hervorbringen, die Disziter und Beamtenvereine, sind gar keine Genossenschaften, sondern Aktiengesellschaften, die von dieser Vorlage nicht getroffen werden. Der Verkauf der Konsumvereine an Nichtmitglieder findet größtenteils nur zu Anfang der Geschäftstätigkeit statt, wo man noch nicht rechtliches Vertrauen hat. Nachher treten die Leute als Mitglieder bei. Ich kenne diese Verhältnisse aus der Praxis, denn ich habe einen der größten Konsumvereine in Dresden ins Leben gerufen. Im ersten Halbjahre seines Bestehens machte der Verkauf an Nichtmitglieder 15-20 Prozent des Umsatzes aus. Als der Verein größer wurde, sank diese Zahl erheblich. Der Verein hat jetzt 9000 Mitglieder, einen Umsatz von über 2 Millionen nach nur 3 Prozent seines Umsatzes an Nichtmitglieder; jetzt hat er eben eine anerkannte Existenz und jeder weiß, was er leistet. Das Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder ist bloß ein Verbot der Entwicklung der Konsumvereine. Sie sagen allerdings, wir wollen bloß nicht, daß die Konsumvereine über das Genossenschaftsgesetz hinausgehen, andere Ziele verfolgen als das Gesetz will, in Wahrheit aber wollen Sie die Genossenschaften zerstören. Warum sagen Sie das nicht offen, warum wollen Sie auf Schleichwegen Ihr Ziel erreichen? Es ist gar nicht bewiesen, daß der Verkauf an Nichtmitglieder Handel und Gewerbe beeinträchtigt; zunächst kommt es doch auf die Größe des Vereines und den Umfang des Verkaufs an Nichtmitglieder an. In meinem Verein werden an Nichtmitglieder nur für 50-60 000 Mark Waren verkauft. Aber das will man ja nur verhindern; die Konsumvereine sollen sich nicht weiter ausbreiten, aber man will das nur nicht offen sagen. Wenn die Konsumvereine beschränkt werden sollen zu Gunsten einzelner kleiner Existenzen, dann müssen auch die großen Establishments von Stumm und Knapp geschlossen, dann müssen die Staatsbanken, ja das Regal der Postverwaltung befreit werden, dann durch diese Betriebe werden die kleinen Existenzen ebenfalls ruinirt. Dann muß man die Handwerkerbestimmung verbieten, weil dadurch die Schwenkheifer beschäftigungslos werden. Soll man etwa die Waren verkümmern, bloß damit den Konsumenten die Waren vertheuert werden und so und so viel kleine Existenzen auf Kosten des Konsumenten erhalten werden? Der Konsument ist doch nicht der Händler wegen da, sondern der Handel des Konsumenten wegen da und die Konsumenten haben selbstverständlich das Recht, ihren Betrieb so einzurichten, wie es ihnen am vorteilhaftesten und nützlichsten ist. Es ist merkwürdig, daß wir jetzt die Genossenschaften in Schutz nehmen müssen, mit denen man vor einigen Jahrzehnten der Sozialdemokratie Mißbrauch zu thun heßte. Die Konsumvereine haben mit der Parteilichkeit gar nichts zu thun. Man glaubt aber hinsichtlich dieser unserer Vereine, bei jedem Raffesack launere die Revolution. Die Vorlage wird die Konsumvereine nicht im geringsten in ihrer Entwicklung aufhalten. Die Konsumvereine, welche ein Interesse daran haben, an Nichtmitglieder zu verkaufen, werden einfach auf das Genossenschaftsgesetz prüfen und als einfache Handelsvereine weiter bestehen, wodurch sie sich all der lästigen Vorschriften und Kontrollen des Genossenschaftsgesetzes entziehen können. Sie gehen blind gegen die Konsumvereine vor, weil ihnen die ganze kapitalistische Entwicklung unserer Zeit nicht behagt. Das Großkapital ist es, welches all die Unbegreiflichkeiten für den Mittelstand herbeiführt und diesen ruiniert. Wenn die Vorlage Gesetz wird, wird man den Konsumvereinen das Leben jauer machen, es wird eine Periode der Chikanierung der Konsumvereine anbrechen. Man wird Demunziationen gegen sie richten und die Verkäufer verkleinern, an Nichtmitglieder zu verkaufen, und wenn es eine Schachtel Jandabilder ist. Ich kenne einen solchen Fall, der zur Demunziation benutzt worden ist. Eine Anzahl kleiner Konsumvereine wird man dadurch ja schädigen können.

Es ist eigenartig, daß die Vertreter des Großkapitalismus, die Nationaliberalen, sich als Vorkämpfer des Schutzes des Mittelstandes aufspielen; sie sind doch am wenigsten berufen, darüber zu klagen, daß der Mittelstand monopolisiert wird, denn sie sind doch die Vertreter des Großkapitalismus auf allen Gebieten. Man bekämpft die großen Regagiere im Interesse des Mittelstandes, und hier will man den Konsumenten verwehren, sich Organisationen zum Kampf gegen den Großkapitalismus zu schaffen. Will man die richtigen Konsequenzen ziehen, so muß man die Ursachen des Niederganges des Mittelstandes beseitigen, nämlich die ganze moderne Produktionsweise. Lassen Sie doch wenigstens die Konsumenten ungehindert, lassen Sie sich ihrer Haut wehren, wenn sie selber die Möglichkeit haben, sich großkapitalistisch zu organisieren.

Die Konsumvereine der Substanten sind etwas ganz anderes, als die Konsumvereine; sie werden größtenteils benutzt, um verbotene Transaktionen zu tätigen. Will z. B. ein Arbeiter einen baaren Vorkauf

haben, so erhält er statt dessen Anweisungen auf die Konsumvereine. Das ist nicht so unbedenklich, wie Herr Fiebig es darstellt. Diese Konsumvereine bestehen nur im Interesse der Unternehmerr; die Arbeiter haben nicht freies Verfügungsrecht über diese Konsumvereine. Die Ueberfchäfte werden zu den sogenannten Wohlfahrtsvereinen benutzt. Ich mache den Herrn Staatssekretär des Innern besonders auf diese Dinge aufmerksam. Die empfohlene Einschränkung, daß die Konsumvereine nur an Familienhäupter verkaufen sollen, ist technisch ganz unbrauchbar. Von der Vorlage werden nur die aufblühenden Genossenschaften getroffen, welche den unlauteren Wettbewerb der Zwischenhändler bekämpfen, der dem kleinen Mann die Waren nur verteuert. Die Arbeiter sind gezwungen, im kleinen zu kaufen und dabei die Waren am teuersten zu bezahlen. Dazu kommen die kleinen Unrichtigkeiten im Verkauf, das ungenaue Abwiegen, das Mitwiegen des Papiers, das bei den kleinen Mengen viel ausmacht, aber in den Konsumvereinen ausgeschlossen ist. Alle diese Vorteile für den Arbeiter wollen Sie beseitigen, um das Handwerk zu schädigen. Selbst wenn Sie verhindern könnten, daß sich neue Konsumvereine rasch entwickeln, so würden sich nur überall dort, wo es irgend lohnen ist, Filialen von Großhandlungen bilden.

Anderes steht es mit den Schnaps-Konsumvereinen; deren Gegner sind wir auch. Unsere Freunde sind auch nicht deren Mitglieder, sie bestehen gerade in Bezirken, wo wir am allernähesten gewöhnt sind; in sozialdemokratischen Bezirken sind sie nicht zu Hause. Die Schnaps-Konsumvereine werden auch nicht durch diese Vorlage getroffen; Sie treffen damit nur die ganz realen Konsumvereine. Die Regierung geht ja jetzt auf alle Wünsche der Reaktion ein, nur um die sogenannten kleinen Mittel zur Hebung des Mittelstandes anzuwenden. Die wahren Ursachen für dessen Niedergang will man nicht begreifen. Das ist eine falsche Politik. Der neueste Kurs hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Arbeiterorganisationen, auch wenn sie rein wirtschaftlich sind, die Lebensmöglichkeit schwer zu machen. Die Antwort werden wir bei den Wahlen geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Zimmermann (Natl.) hält den Entwurf für notwendig und nützlich, meint aber, daß er noch lange nicht allen berechtigten Wünschen des Mittelstandes entspricht.

Abg. Fiebig (Soz.): Wenn man in der Weise der Vorrede fortfahren will, die allereinsten Vorlagen lang und breit zu besprechen, so schädigt man aufs empfindlichste die Geschäfte des Hauses. Es wird dann sicher so gehen, wie im Vorjahre, wo eben alle Vorlagen und die wichtigsten Initiativentwürfe unter den Tisch fielen.

Abg. Dr. Kropatschek (Natl.): Ich erkenne die Bedeutung der Konsumvereine sehr wohl an und bin durchaus kein Gegner derselben. Die Auflösung von Konsumvereinen würde gar nicht dem kleinen Handwerker, sondern in erster Linie wieder dem Großkapitalisten zu gute kommen. In einigen Punkten scheint das Gesetz einer Verbesserung bedürftig.

Abg. Wurm (Soz.): Es ist falsch, daß die Sozialdemokratie den Mittelstand vernichten will, die Sozialdemokratie ist nicht die Ursache, sondern die Folge des Niederganges des Mittelstandes. Wenn der Abg. Zimmermann meint, wir schädigen Konsumvereine, um die Leute, die nicht zu uns gehören, zu schädigen, so scheint er uns mit seiner Partei zu verwechseln, die offen Flugblätter mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden“ vertheilt. Wir dürfen so etwas überhaupt nicht wagen, denn wir würden dann sehr bald gerichtlich dafür bestraft werden.

Abg. Zimmermann (Natl.) polemisiert gegen den Abg. Wurm. Hieraus wird der Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Sodann verlegt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Handwerkskammern, Freitag betr. die Aufhebung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Lüttgenau und Börsengesetz) — Schluß 5 Uhr. —

Sodann verlegt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Handwerkskammern, Freitag betr. die Aufhebung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Lüttgenau und Börsengesetz) — Schluß 5 Uhr. —

Strafungen, Verfolgungen etc.

Verboten wurde eine Verammlung in Geseau, in der Genosse Abg. Geyer über: Die parteiparteitlichen Angriffe auf das Landtagswahlrecht sprechen sollte. Was keine Kritik vertragen kann, ist unter der Kritik. — Am Mittwoch wurde in Wernigerode bei den Genossen Niemerth, Schulze und Bartels gehausacht. Es handelt sich um die Geschäftsbücher, Mitgliederverzeichnis etc. des Volksgarten; dieselben wurden nicht vorgefunden, wohl aber belanglose Rechnungen und Notizen. —

Quittung.

Zu Parteizwecken gingen ein S. 25,30 — Nach der Postliste 85,78 — Von zwei Angehörten aus R. Neustadt 165,98. — Von einer gemäßigten Gesellschaft 1,10. — Fr. G. Friedrichs 0,50. — W. K. 0,50. — Schiedsrichter bei Volkskampf 0,55. — Von einer roten Kindtaufe in Okerstedt bei S. C. 1,75. — Ditz. Friedrich 0,93. — Einer von den Alten 1,00. — Vom können Schiff 0,50. — Gemäßigter Geburtsakt bei W. in S. 1,02. — F. J. 3,00. — Jansen aus R. Neustadt 120,10. — Ab. Vater, Vertrauensmann.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Die Versammlung der Installateure Magdeburgs findet am 17. d. Mts. in Reinhardt's Restauration statt. Um zahlreichen Besuch bittet

Dienstag, den 17. Dezember:

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunden im Weissen Hof.

Männer-Turnverein „Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr: Übungsstunden in „Friedrichsplatz“, Leipzigstraße 52.

Berein freier Turner, Eudenburg. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunden in der „Herbster Bierhalle“.

Männer-Turnverein „Victoria“, Bennedebach. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden bei Gastwirt Poppe.

Freie Turnerschaft Wilhelmshafen. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunden in „Grass Garten“.

Stenographen-Berein Eudenburg. Jeden Dienstag abends 8 Uhr Übung im Deutschen Hof.

Exter Eudenburg Athleten-Club. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr Übungsstunden.

Arbeiter-Gesangverein Magdeburg. Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Übungsstunden im „Goldenen Kopf“, Katharinenstraße. Mitglieder werden dafelbst ausgenommen.

Kassierverein Freundschaft. Jeden Dienstag abends 8 Uhr Übungsstunden im „Weissen Hof“.

Arbeiter-Gesangverein Magdeburg. Jeden Dienstag abends 9 Uhr Übungsstunden im „Goldenen Kopf“, Katharinenstraße 3. Mitglieder werden dafelbst ausgenommen.

D. u. g. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunden bei Borchow, Kolonnenstraße.

Griefkasten.

C. E. Mit dem Ablauf von vier Jahren verjähren Forderungen der Redigialpraxionen (Kerzie) mit Ausnahme der Woihseler, deren Forderungen in zwei Jahren verjähren. — „Diele Genossen“. In unserer Partei ist es nicht üblich, daß Parteigenossen, sobald sie Mißstände rügen, ihre Mitteilungen der Redaktion anonym einbringen. — A. E. Hafensstraße. Wir sind gern bereit, die Zustände in der Haderkammer S. zu besprechen; jedoch genügt uns Ihr Schreiben nicht; veranlassen Sie, daß die betreffende Frauen Dienstag abend zwischen 1/2-1/2 Uhr oder kommenden Sonntag zwischen 9 und 10 Uhr zu uns kommen. — C. H. Sie wollen uns mitteilen, inwiefern Sie als „Einleitungsleiter“ behandelt werden, haben Sie Anlage erhalten? Wir können sonst Ihr Eingefandt nicht genügend verwerthen. — D. Wir ziehen über die Vorformnisse bei P. & E. noch nähere Erkundigungen ein. — Handels-Hilfsarbeiter. Zulassung einer verlängerten Geschäftszeit betreffend in nächster Nummer. — Aufseherkammer Ceter. 1. In der nächsten Sitzung der Rechtskommission wird die Angelegenheit erörtert werden. 2. In der nächsten Nummer mag es selbstverständlich Nr. 291 heißen; in dem Antrag der Radfahrer lies Herr an statt Herran; im lokalen „Volksgarten“ lies 2. Heile Wahlrecht statt Wahlrecht und Parteimeinbrief 16. Heile hat Selt: Selt. —

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts in
Kleiderstoffen, Seidentwaren, Baumwollwaren, Damenmänteln, Kindermänteln, Schürzen,
Toupons, Tüchern usw.

Breiteweg 30 **Meyerhof & Löwenberg** Breiteweg 30.

Gänzlicher Ausverkauf Thränsberg 34.

Wegen Fertigung verkaufen wir billiger als jede Konkurrenz, sehr gut
passend zu Weihnachtsgeschenken:
Regulateure, 14 Tage gehend, mit Schlagwerk, 17 50 bis 20 Mark.
Herren- und Damen-Remontoiruhren von 12 bis 16 Mark.
Teppiche von 10 bis 28 Mark. Spiegel von 8 bis 20 Mark.
Eingerahmte Bilder, Hausgegen, Musik- und Weckeruhren,
Märchenbücher 40 bis 90 Pfennig etc.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste

empfehle meine
Pfefferkuchen, Pfeffernüsse

sowie mein
Baumkonfekt

alles in frischer und wohl-schmeckender Ware,
große und billige Auswahl.

C. W. Dornfeld

Petersstraße 19b.

Budenstand: Mittelreihe, beim grossen
Kandelaber.

Ausverkauf

von Gold-, Granat- und Korallenwaren

nur bis Weihnachten

Himmelreichsstrasse, Ecke Krügerbrücke.

E. Seeger.

Zufolge günstigen Abschlusses vor Erhöhung der Lederpreise

bin ich in der Lage, billiger als sonst zu verkaufen. Gewisse
beim mein reichhaltiges Lager in nur reell und dauerhaft gearbeiteten

Schuhwaren

zum billigsten Preise. Reparaturen, sowie Befellungen nach Maß
schnell und billig.

Ernst Röpeke

Große Münzstraße 8 und Kuttlerstraße-Ecke.



Sicherer Weg zum Reichtum! Magische Taschen-Sparbank.

Sicherer Weg zum Reichtum!
Sie können sich leicht, ganz bei hiesigen Verhältnissen
Reichtum an und dann erst dann genießen, wenn
Ihr Geld mit der entsprechenden Sicherheit veranlagt
ist, und zwar in 1. nach Vereinbarung von
20 Mark in 50 Wochen, in 2. nach Vereinbarung
von 3 Mark in 10 Wochen, früher kann die Ver-
einbarung nachträglich geändert werden und selbst
nach Weiterparren, bis bis Mark 30 resp. Mark 3
in der Sparschleife gemacht haben. Nach Vereinbarung
nicht veränderbar. Preis 75 Pfennig pro Stück.
Von 2 Stück an frankierte Zusendung übermäßig
bei Vereinbarung des Betrages in Vorauszahlung oder
bei Zahlung von 30 Pfennig (Vorauszahlung), vom
1. Dezember an 20 Prozent Rabatt.

Karl Kowitz & Co., Berlin E., Unterstr. 41.
Spezial-Geschäft für Sparartikel.

Die Schuhwaren aus der Theuerkauff'schen Konkursmasse

und andere Waren
werden

Neustadt, Br. Weg 36

zu enorm billigen Preisen anverkauft.

Verkaufszeit: Morgens von 8-12 Uhr, nachm. von 1-8 Uhr.

Aus Solingen.

E. Klopfer

2225 Breiteweg 258

Scharnhorstplatz gegenüber.
Spezial-Geschäft

Solinger Stahlwaren

Tischbestecke, Taschen- und
Rasiermesser, Brot-, Küchen-,
Schlacht-, Dolch- und Jagd-
messer zu billigen Preisen Scheren
in allen Größen. Große Auswahl in
Kaffeemühlen, Hack- u. Wiege-
messern, Revolvern, Schlitt-
schuhe in allen Sorten.

2 Kisten ganz vorzügl. rot Halbdunen
bett nur 50 M. (weil etwas mit Finte an-
geschminkt), 1 neue Nähmaschine f. d. Fälle
d. Series Budan, Schneebest. 34 I r

Puppen in großer Auswahl
von 20 Pfg. bis 4 M.
Papier-Ausstattungen von 25 Pfg.
bis 5 M. empfiehlt P. Becker, Buchbinder
u. Papierhandlg., Magdeburg, Sudenburg,
Kottersdorferstraße 1a 2220

Schankelpferde

in allen Breiten,
Rollpferde, Ziegen, Gespanne,
Leiter- u. Ziegenbock-Wagen.

Schulmappen u. Schultaschen

Koffer, Reise- u. Damenaccessoires, Lederwaren.

W. Todtenhoff

Sattlerwaren- u. Spielzeug-Fabrik
Johannisstraße Nr. 2.

Doppeltgummierete Bettelagen,
Tischdecken, Wachszeuge usw. Kauf
man am billigsten in den Holzwaren-
Geschäften von Fritz Prager,
Budan, Schneebest. Nr. 2, Sudenburg,
Sudenburg, Brückstr. 12-13 u. 14

Zum Weihnachtsfeste!

Das Paradies der Weihnacht, das
ich auf dem Weihnachtsmarkte, Mittel-
weg, 2 Ende von der Post, ein reich-
haltiges Lager von

Puppen

in allen Preisen vorräthig habe.
Wilh. Bindemann.

Perl-Tabak

Kann jeder verkosten und bildet in
Küche die ideale Speise zum Frühstück
1857 Patent aus.
Wiederverkaufser erhalten hohen
Rabatt.

Otto Hintze

Cigarren-Import
M. Arabadi, Kottersd. 55.

Möbel

jeder Art in Stoffen und Holz
Sofas von 45 Mark an, Küchen-
schränke von 20 Mark an, An-
richtungen von 10 Mark an bei

E. Kühne, Budan

Schneebest. Nr. 47.

1 große neue voll-Schneebest.
mit 10 Mark, 1 Puppenwagen bill.
Johannisstraße 2 I I. n. n. 655

Christbaumkonfekt

originales Rezept, nur in größeren Pack-
1 Kiste mit Inhalt von 250 Stk. 2 50 M.
1 Kiste mit Inhalt von 200 Stk. 2 25 M.
1 Kiste mit Inhalt von 100 Stk. 1 25 M.
1 Kiste mit Inhalt von 50 Stk. 0 75 M.
Bestellungen an: Hermann Brock,
Gellaustraße 10a. 2175

Weihnachtsbäume!

A. Bosold, Berliner Platz,
Ecke, Schneebest. 1

Waren und Möbel auf Teilzahlung.

A. Friedländer

118 Breite Weg 118
im Hause der Cracauer Bierhalle.

Otto Heyer

Feldstr. 59 Budan Feldstr. 59

Buchbinderei u. Papierhandlung.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest

empfehle ich eine große Auswahl in
Pertemonaies, Cigarren-, Ring- u. Visitentaschen, Photo-
graphie-, Poesie- und Schreibalben, Albumständer von
50 J an, hochelegante Papier-Ausstattungen, Gesangbücher
mit Goldschnitt von 3 M an, Märchen- und Bilderbücher, Bücher-
träger, Schultaschen für Knaben und Mädchen, Bilder-
rahmen in allen Größen, Tuschkasten und Würfelspiele in jeder
Preislage.

Weihnachtsarbeiten werden sauber und billig angefertigt.

Weihnachtsbäume

in großer Auswahl empfiehlt Rob. Luthor,
Büchler, Grafs Garten, Schrotestr. 1
(im Garten). 652

Weihnachtsbäume

in größter Auswahl Alte Neustadt,
Endelstr. 33, Weinberg 15.

Weihnachtsbäume

in großer Auswahl empfiehlt Karl
Busch, Nikolaiplatz, gegenüber von
Sagerl, unter der Laterna. 643

Sonigkuchen und sämtl. Baum-Konfekte

in bekannter Güte,
verschiedene Sorten und in allen Größen
bei Abnahme von 1 M. 60 J. Rabatt,
empfehle

E. Bathge

Sternstraße 6 und Neue Neustadt,
Breiteweg 14, Unterstr.-Ecke

Brot! B. Hienzsch

Klosterbergestr. 13.
Namenbrot, 7 Stück für 3 Mark, auch
einzel. 2083

Stempelbrot, 4 Stück 50 Pfennig, ohne
7 Pfund schwer

Vorteilh. Bedingungen für Wiederverkäufer

Weizenmehl nur in den feinsten
Sorten, 4 Pfund von 40 Pfg. an. Willh.
Lehmann, Kottersdorferstraße 11.

frdl. Logis für 1 Herrn Berlinerstr. 9,
Zof 1, II r. bei Bahle.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten Bang
Leberstraße 12, vorn, 2 Tr. 585

Freudliche Wohnung zu 34 Thaler sofort
zu vermieten Kottersdorferstraße 55. 1857

Homöopathie!

Visser, homöopath. Prakt.

Magdeburg, Jacobsstraße 3

früher lange Jahre bei dem berühmten
homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Düsseldorf)

Heilung sämtlicher Krankheiten

**Radenzettel der Magdeburger
Geldlöcher.**
1. Kiste 1 Thaler 37; 2. Kiste 50
3. Kiste 75; 4. Kiste 1 25
5. Kiste 2 25
Druck: Schenke mit Buchdruck
Verlag: Kottersdorfer mit Schneebest.
Verlag: Kottersdorfer mit Schneebest.
Verlag: Kottersdorfer mit Schneebest.

Todesfälle.

Magdeburg, den 14. Dezember.

Aufgebote: Maschinist Robert Karl
Gottschalk hier mit Marie Selma Klinge
in Leipzig Anger-Croten. Dampf-
führer Konstantin Metzger mit Anna
Luise Seidemann in Teterow. Ober-
führer Fritz Ramero mit Johanna Schme-
mann in Hamburg. Schneider Andreas
Friedrich Wilhelm Falke in Gaffurt mit
Anna Samleben in Möllendorf. Haus-
diener Karl Diekmann mit Emma Bern-
hardt hier.

Eheschließungen: Kommiss. Felle-
muth Kießling mit Rathhülfe Stachow hier.
Schiffreiter Kurt Richter mit Anna Deblow
hier. Briefträger Paul Budel mit Julie
Reinz hier. Bureaubeamter Herr. Nle
mit Helene Happs hier. Schlossermeister
Robert Engelhardt hier mit Anna Benz in
Bismarck.

Geburten: Johann, S. des Kupfer-
schmiedemeisters Josef Hoffmann. Julie,
T. des Schneiders Wilhelm Bröske. Adolf,
S. des Hauptfeuerwachtmeisters Bernh.
Berg. Kurt, S. des Dienstmanns Ernst
Altmann. Willy, S. des Arb. Andreas
Guchst. Helene, T. des Gelbgärbers
Albert Kemmann. Paul, S. des Arbeiters
Gust. Zeue.

Todesfälle: Susanne geb. Eichhorn,
Ehefrau des Kaufmanns Victor Jacob
Schörning, 41 J. 6 M. 9 T. Karl
Günther, Privatmann, 77 J. 1 M. 21 T.
Fritz, S. des Arbeiters Friedrich Höpke,
19 J. Friederike Pechmann, unv., 73 J.
7 M. 6 T. Minna geb. Keiling, Ehefrau
des Fleischermeisters Peter Schöne, 49 J.
9 T.

Sudenburg, den 14. Dezember.

Eheschließungen: Landwirt Karl
August Krause mit Anna Luise Hedwig
Krause hier.

Geburten: Martha, T. des Arbeiters
Ferd. Fritze. Erich, S. des Tischlers Ad.
Klaus. Elise, T. des Handelsmanns Friedr.
Lentz.

Todesfälle: Max, unehelich, 1 M.
8 T. Franz Siegel, Stilmacher, 25 J.
7 M. 21 T.

Budan, den 14. Dezember 1895.

Eheschließungen: Lithograph Otto
Herrn Richard Wöhr mit Hulda Clara
Wöhr hier. Holzschuh. Clemens Ferd.
Hugo Dietrich in Köthen mit Anna Gertrud
hier.

Geburten: Martha, T. des Bureau-
beamten Otto Trane. Elisabeth, T. des
Arb. Wilhelm Schulz. Robert, unehelich.
Willy, S. des Arbeiters Wilhelm Voigtlander.
Richard, S. des Hüftbrechers Wilhelm
Domgall. Martha, T. des Arbeiters Karl
Hahnbaum.

Todesfälle: Walter, S. des Arb.
Karl Sahl, 10 M. 1 T. Theobald, S.
des Arb. Karl Spillich, 1 J. 6 M. 3 T.
Neustadt, den 14. Dezember 1895.
Aufgebote: Eisen-Jungenieur Georg
Reyer mit Emma Anna Freidenbaum.
Arbeiter Gottl. Julius Jakob Ruffert mit
Marie Wilhelmine Buchhorn.
Eheschließungen: Kantor Georg Wohl-
schütz in Gr.-Arleben mit Margarete Jarnede.
Todesfälle: Lebn. Friedrich Hen-
ning, 61 J. 1 M. 29 T. Carl Wilhelm
Kuzoff, unehelich, 2 M. 5 T. Willy, un-
ehelich, 2 M. 28 T.